Regina Becker-Schmidt

Anmerkungen zum Artikel von Ursula Beer: „Marxismus in Theorien der Frauenarbeit. Plädoyer für eine feministische Erweiterung der Reproduktionsanalyse“

(in: *Feministische Studien*, 2. Jg., 1983, Nr. 2, S. 136–147)

Mit Interesse habe ich Ursula Beers Plädoyer für eine Erweiterung der Reproduktionsanalyse in der letzten Ausgabe der *Feministischen Studien* gelesen. Vor allem ihre kritischen Anmerkungen zu unserem Forschungsprojekt „Probleme lohnabhängig arbeitende Mütter“ haben mir zu denken gegeben. Einerseits kamen sie als Anregungen gerade rechtzeitig: in einem Nachfolgeprojekt, das sich zentral mit Erziehungsansprüchen und -problemen von Akkordarbeiterinnen beschäftigt, werden wir uns noch einmal präziser mit dem Zusammenhang zwischen erweiterter, d.h. gesamtgesellschaftlicher, und „einfacher“, vor allem familialer Reproduktion auseinandersetzen müssen. Andererseits habe ich das Gefühl, daß hinter einer Reihe von Kritikpunkten Mißverständnisse stecken, die sich vielleicht aufhellen lassen.

Ich stimme U. Beer in Folgendem zu: es fehlt eine umfassende feministische Theorie, die den Bogen zu schlagen vermöchte von der historisch fortbestehenden Unterbewertung weiblicher Praxis bei ihrer gleichzeitigen patriarchalischen wie kapitalistischen Verwertung, von diversen Formen staatlicher Kontrolle und Steuerung des weiblichen Lebenszusammenhangs bis hin zu der subjektiven Bedeutung, die die verschiedenen Arbeitsfelder und Erfahrungsbereiche für die Frauen selbst, vor allem für ihre Subjektkonstitution haben. Es leuchtet mir auch unmittelbar ein, daß auf den Reproduktionsbereich ein anderes Licht fällt, wenn man ihn von einer feministischen Sozialstaatsanalyse her betrachtet und nicht aus der Optik der Produktionsphäre. Ebenso gestehe ich zu, daß in unserer Studie eine Reihe von Problemen nicht behandelt

werden (Sozialstaatspolitik als Familienpolitik, Geburtenkontrolle und Gebärvermögen, Mechanismen der Marginalisierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt u.s.w.). Diese Aussparungen sind sicherlich nicht nur darauf zurückzuführen, daß wir an eine empirische Studie gebunden waren. Das bedeutet ja zunächst einmal, sich um die Klärung jener Punkte zu bemühen, die offensichtlich den Frauen, denen unsere Untersuchung galt, in klassen- und geschlechtsspezifischer Weise zu schaffen machen.

Zweifellos gibt es in unseren theoretischen Konzepten zum Projekt eine Reihe von Unzulänglichkeiten und Leerstellen. So hätte sicherlich zwischen patriarchalischen und kapitalistischen Formen der Frauenunterdrückung sowohl in kategorialer als auch in historischer Hinsicht deutlicher differenziert werden müssen. Immerhin haben wir da weitergearbeitet: in einer neuen Publikation versuchen wir zumindest, die verschiedenen Ebenen patriarchalisch-sexistischer Diskriminierung von Arbeiterinnen zu Hause und im Betrieb empirisch aufzuzeigen.¹ Eine Menge bleibt jedoch noch zu tun. So müßte z.B. der Begriff „Arbeit“ im Reproduktionszusammenhang genauer bestimmt werden (Subsistenzwirtschaft, Hausarbeit, Sozialisation, Regeneration, Interaktion). Für das Fortbestehen der Gesamtgesellschaft kommt diesen Dimensionen sicherlich jeweils unterschiedliche Bedeutung zu; es gibt da zweifellos schichtenspezifische Differenzen, die subjektive Gewichtung wird für die verschiedenen Tätigkeitsfelder verschieden ausfallen, die Vereinbarkeit der unterschiedlichen Verantwortungsbereiche mit außerhäuslicher Arbeit dürfte ebenso variieren wie auch deren Abhängigkeit von anderen sozialen Bereichen – Erwerbssphäre, staatliche Politik, außerfamiliale Sozialisationsagenturen usw.

Näher eingehen möchte ich auf jene Kritikpunkte, die – wie mir scheint – unsere Intentionen nicht treffen.

U. Beer schreibt, in unserer Studie gelte Hausarbeit lediglich als Relikt vorbürgerlicher Gesellschaftsformationen und sie erhalte damit nicht den vollen Status eines sozialen Ausbeutungsverhältnisses zugesprochen. Das will ich mit zwei Hinweisen korrigieren. Zum ersten: In der Auseinandersetzung mit O. Negt/A. Kluge sowie A. Krowoza haben wir dieser Tendenz, die Frauenarbeit in der Familie als eine Residualkategorie, als ein Überbleibsel aus vorindustriellen Zeiten zu verkennen, vehement widersprochen. Es ging uns gerade darum, die gesellschaftliche Formbestimmtheit der Reproduktionssphäre,

die ihr zugewiesenen Aufgaben sowie die Restaurierung auf Frauen hin spezifizierter Arbeitsteilung als widersprüchliches Resultat der industriell-kapitalistischen Entwicklung zu erklären:

„Die Ausklammerung historischer und institutioneller Bezüge führt dazu, daß die spezifischen Qualifikationen, die eine kindgerechte Erziehung ausmachen, der gesellschaftlich vorherrschenden kapitalistischen Produktionsweise als Residualkategorie unterlegt werden. Soziale Funktionen der Beziehungsarbeit, wie die Erhaltung von Lebendigkeit und Mitmenschlichkeit, lassen sich nur realisieren, wenn die gesellschaftliche Organisation dieser Arbeit, deren institutionelle Rahmenbedingungen entsprechend entwickelt sind. Die private Kleinfamilie, die sich rudimentär zwar schon in Epochen vorkapitalistischer Produktionsweisen auszubilden beginnt (in Handwerker- und Kaufmannsfamilien z.B. oder denen freier Berufe), die sich als Lebensform für alle Populationen mit dem Kennzeichen der Trennung von Erwerbsarbeit und Regenerationssphäre aber erst mit Konsolidierung der industriellen Entwicklung durchsetzt, stellt trotz aller ihr innewohnenden Bornierungen und Repressionen eine solche institutionelle Bedingung dar.

Die Tatsache, daß die Privatisierung der Familie, sowohl der bürgerlichen als auch der proletarischen, dem Prozeß der Kapitalentwicklung allererst entspringt, macht es problematisch, die der kleinfamilialen Haushaltung und Kindererziehung innewohnenden Verhaltensweisen – Intimisierung und emotionale Aufladung – als vorkapitalistisch zu bezeichnen. [...] Die Exterritorialisierung der Familie aus dem gesamtgesellschaftlichen Produktions- und Zirkulationsgefüge bei gleichzeitiger Bezogenheit ihrer Funktionen auf diesen Zusammenhang treibt – in epochaler Hinsicht – eine doppelte Widerspruchsstruktur aus sich hervor: in dem psychosozialen Binnenklima der Kleinfamilie entstehen neue Beziehungsweisen und emotionale Ansprüche, die zum einen quer zu Verkehrsformen liegen, die sich in der gesellschaftlichen Sphäre des Warentausches durchsetzen; zum anderen beinhaltet diese historische neue Intimität, die nicht nur die Beziehung zu den Kindern, sondern auch das Gattenverhältnis umfaßt, als „Konservatismus der Gefühle“ (Bernfeld) gegenüber dem fortschreitenden rationalen Kalkül der Wertbewegung ein retardierendes Moment. Das bringt in die Verhältnisbestimmung zwischen Produktions- und Sozialisations-sphäre ein Moment der Ungleichzeitigkeit. Außerdem ist festzuhalten, daß die Mutter-Kind-Beziehung als institutionell eingebundene nicht einfach von Tauschabstraktionen ‚umlagert‘, sondern von strukturell bedingten simultanen Unverträglichkeiten durchzogen ist; das gilt [...] für alle Dimensionen der häuslichen Produktionsweise und ihrer Bedingungen (Zeitstruktur, Ar-

beitsformen, Beziehungskonstellationen). Diese gleichzeitigen und ungleichzeitigen Widersprüche müssen von Frauen, die die Sozialisations- und Regenerationsleistungen vollbringen, ausgeglichen und erträglich gemacht werden.“²

Unserer Meinung nach schlägt sich diese Dialektik von gleichzeitigen und ungleichzeitigen Widersprüchen innerhalb der Familie in Phänomenen nieder, die in sich kontrovers sind: im Beieinander von Zuwendung und Aggressivität, Vertrautheit und Enge, Selbstbestimmung und Kontrolle, Möglichkeiten der Partnerschaftlichkeit und sexistischer Arbeitsteilung. Uns kam es auf die strukturelle Verankerung dieser Antagonismen an – patriarchalische Verhältnisse innerhalb der Privatsphäre, die gleichwohl gesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen hat, sind fraglos ein wichtiges, aber nicht das einzige Herrschaftselement in diesem Zusammenhang. Da gilt es wohl auch die besonderen Bedingungen in Arbeiterfamilien zu beachten.

Zum zweiten: Wir kritisieren die Ideologie und Realität kapitalistischer Industriegesellschaften (und nicht nur dieser), die der Erwerbsarbeit den Vorrang geben und danach die Lebensbereiche hierarchisieren. Nicht wir nehmen diese Hierarchisierung vor; so wenig wie wir die Gewichtung der beiden Arbeitsbereiche (häusliche Arbeit, Akkord) beeinflusst haben, die wir bei den befragten Frauen vorfanden. Wir sprechen ausdrücklich von der doppelten Ausbeutung der Arbeiterinnen, die – wie alle erwerbstätigen Frauen – dem Zwang zum doppelten Prioritätenwechsel unterliegen:

„In gesamtgesellschaftlicher Sicht sind die Hierarchieverhältnisse zwischen Erwerbssphäre und Privatbereich eindeutig. Im Lebenszusammenhang von Frauen aber ist die Familie – qua geschlechtsspezifischer Funktionszuweisung – keineswegs dem Beruf nachgeordnet. Somit unterliegen sie einer doppelten und dazu gegenläufigen Dominierung – zuhause haben die Familienpflichten eindeutigen Vorrang, in der Erwerbssphäre besitzen die beruflichen Erfordernisse absolute Priorität. Jede Sphäre setzt dabei ihre Ansprüche unter Abstraktion von der anderen Hälfte des Arbeitsdaseins der Frauen. Die jeweilige Hierarchisierung der Lebensbereiche geht also immer mit dem Zwang zum Prioritätenwechsel im going-between zwischen Familie und Beruf einher.“³

Nicht verstanden habe ich, warum uns vorgeworfen wird, Frauen nur als Arbeitskräfte in Beruf und Familie in den Blick zu nehmen, nur als Klassensubjekte und nicht als Individuen. Der Versuch, gerade mit einer an der Konstitu-

tionsperspektive orientierten soziobiographischen Methode die objektivistische Sicht marxistischer Theorien zu sprengen, galt doch der Anstrengung zu zeigen, daß weibliches Arbeitsvermögen als lebendiges Reservoir mehr und etwas anderes ist, als das, was gesellschaftlich als Arbeitskraft vernutzt wird. Wir wollten aus einer Soziobiographierezeption heraus, die Frauen lediglich an einer ihnen sozial verordneten „Normalbiographie“ mißt. Allerdings fragen wir danach, welche gesellschaftlichen Mechanismen im Elternhaus, in der Schule, auf dem Arbeitsmarkt sie in für Frauen spezifizierte „Laufbahnmuster“ einzuzwängen versuchen. Uns geht es aber genauso um die erhalten gebliebenen individuellen Konfliktpotentiale, die sich der Anpassung widersetzen. Das ist auch der Grund, warum wir einen so starken Akzent auf die *Sozialisationsgeschichte* der Frauen gelegt haben. Dabei leitet uns eine andere Vorstellung von der Sozialisationsfunktion der Familie, als sie noch in der alten Frankfurter Schule vorherrschte. Dort bietet – wie U. Beer richtig schreibt – die Familie einerseits Raum für Geborgenheit, andererseits ist sie Zurichtungsstätte für die Ware Arbeitskraft. Individuation und Vergesellschaftung im Sozialisationsprozeß werden hier jedoch dichotomisiert – das „Emotionale“ verbleibt im Schutzraum „Privatsphäre“; das „Funktionale“ muß hinaus ins „feindliche Leben“. Unserer Meinung nach wird in der Familie – in Verbindung mit anderen sozialisierenden Institutionen und Erfahrungsfeldern – *Subjektivität* konstituiert. Diese Subjektivität ist *in sich selbst* widersprüchlich: sie enthält Dispositionen zur gesellschaftlichen Anpassung, aber auch Widerstandskräfte dagegen. Solche Konfliktpotentiale tangieren sowohl die weiblichen Erfahrungen in der Familie wie die im Beruf. Für die Produktionssphäre ist die familiäre Sozialisation keineswegs nur funktional, sie ist zugleich auch dysfunktional, weil die lebendige Produktivkraft „Subjektivität“ janusköpfig ist:

„Da die Sozialisation zwar auf die Erwerbssphäre bezogen ist, aber nicht der direkten Kontrollmöglichkeit des Kapitals unterliegt, wird in der Arbeiterfamilie zweierlei generiert: Zum einen die Disponibilität für Lohnarbeit: In diesem Sinne ist Erziehung immer Enteignung, Verformung, Anpassung; zum anderen entsteht in der Privatsphäre ein Fundus affektiver, kognitiver und motivationaler Anlagen und Befähigungen, der quer zur Warenförmigkeit der individuellen Arbeitskraft steht. Der Gebrauchswert dieser subjektiven Qualitäten (Phantasietätigkeit, Erinnerungs- und Antizipationsvermögen, praktische Ei-

gnungen) ist für industriell-kapitalistische Verwertungsinteressen funktional und dysfunktional zugleich. Einerseits sind sie auf solche Überschüsse angewiesen. Die Ausbildung und Bildung der arbeitenden Bevölkerung muß die Möglichkeit der Flexibilität und Expansion, der technischen Innovation und daran orientiert der gezielten Umschulung offenhalten. Das Kapital muß sich – wie O. Negt es ausdrückt – mit Subjektivität verunreinigen. Das impliziert die andere Seite der Medaille: diese nicht kalkulierbaren Elemente sind Risikofaktoren. Subjektivität ist mehr als bloß individuelle Potenz – sie beinhaltet jene latente kollektive Basis, ohne die sich Geschichte nicht bewegt.“⁴

Genau diese Dialektik von Arbeitsvermögen und Arbeitskraft wird in handlungstheoretischen Ansätzen, die nur auf die Produktionssphäre starren, übersehen. Wir haben das aus feministischer Sicht kritisiert⁵, nicht aber selber mit handlungstheoretischen Positionen hantiert, wie uns von Ursula Beer nahegelegt wird.

Damit komme ich zum vorletzten Punkt: In unserer Studie dürfte deutlich geworden sein, daß die Familie nicht nur eine Institution mit objektiven Strukturbedingungen und sozialen Funktionszuweisungen ist. Sie beinhaltet als Lebensraum auch ein komplexes Gefüge von Bedeutungen, von Erfahrungen und Sinnzusammenhängen. Darum haben wir ja gleichrangig mit soziologischen und sozialpsychologischen Zugangsweisen gearbeitet. Bleibt also zu fragen, ob man wirklich Begriffe wie Struktur und Funktion als systematische Kategorien einer Institutionen-Analyse nur deshalb nicht mehr benutzen kann, weil sie von strukturfunktionalistischen Systemtheoretikern enthistorisiert und widerspruchsfrei gemacht worden sind. Kann man im Ernst meinen, daß sich der Ambivalenzbegriff als Konfliktkategorie im Bleulerschen Sinne nicht mehr verwenden läßt, nur weil er von Lewin und Merton zu einer Kompromißformel heruntergebracht worden ist?

Mein letzter Einwand bezieht sich auf Ursula Beers kritische Feststellung zu den politischen Forderungen, die in unserer Studie erhoben werden. Nach ihrer Wahrnehmung beschränken wir uns, wie sie schreibt, „auf die Forderung nach besseren außerfamilialen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und nach Neuregelungen der betrieblichen Arbeitszeit der Frau sowie die Hoffnung, daß es Frauen gelingen möge, Männer verstärkt zur Familienarbeit heranzuziehen“. Zunächst einmal sind das Forderungen, die die befragten Arbeiterinnen selber artikuliert haben. Wir nehmen uns nicht das Recht, in einer

Art Stellvertreterinnenattitüde ihnen andere Ansprüche zu oktroyieren. In diesen Forderungen steckt nämlich eigentlich schon das „Mehr“, das wir noch einmal zusammenfassend so formuliert haben:

„Politisch bedeutet das: Es reicht nicht zu fordern, daß Frauen die Freiheit haben müssen, zwischen Familie und Beruf wählen zu können. Erreicht werden muß, daß Frauen an beiden Sphären unter menschlichen und egalitären Bedingungen partizipieren können. Sowohl die private Kleinfamilie als auch die industrielle Produktionsphäre bedürfen der gesellschaftlichen Veränderung.“⁶

Anmerkungen

- 1 R. Becker-Schmidt, G.A. Knapp, B. Schmidt, *„Eines ist zu wenig – beides ist zuviel“. Erfahrungen von Arbeiterfrauen zwischen Familie und Fabrik*, Bonn (Verlag Neue Gesellschaft) 1984.
- 2 R. Becker-Schmidt u.a., *Arbeitsleben-Lebensarbeit*, Bonn 1983, S. 184.
- 3 R. Becker-Schmidt, „Entfremdete Aneignung, gestörte Anerkennung, Lernprozesse: Über die Bedeutung von Erwerbsarbeit für Frauen“, in: *Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982*, Frankfurt 1983, S. 419.
- 4 R. Becker-Schmidt, „Lebenserfahrung und Fabrikarbeit: Psychosoziale Bedeutungsdimensionen industrieller Tätigkeit“, in: *Materialien zur Industriosociologie. KZfSS – Sonderheft 24*, 1982, S. 308f.
- 5 Vgl. R. Becker-Schmidt, G.A. Knapp, M. Rumpf, „Frauenarbeit in der Fabrik – Betriebliche Sozialisation als Lernprozeß?“, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 14*, Frankfurt 1981, S. 68.
- 6 R. Becker-Schmidt, „Entfremdete Aneignung“, a.a.O., S. 419.

Replik von Ursula Beer

Gleich zu Beginn eine Richtigstellung: Von Vorwürfen gegenüber den Autorinnen der Hannoveraner Studie kann keine Rede sein, eher von einer Problematisierung zweier unterschiedlicher Ansätze aus der Frauenforschung. Mein Beitrag war in diesem Sinne weniger eine Rezen-

sion der verdienstvollen Studie als die Reflexion bestimmter Gesichtspunkte aus einem spezifischen Blickwinkel. Mir lag und liegt darüber hinaus an einer inhaltlichen Auseinandersetzung um zentrale Fragen der Frauenforschung, um einen Beitrag zu gemeinsam angestrebten Zielen zu leisten. In diesem Punkt sind Regina Becker-Schmidt und ich uns sicher einig.

Ich stimme ihr darin zu, daß ein Projekt wie das ihre nicht alle Aspekte geschlechtlicher Unterdrückung gleichgewichtig berücksichtigen kann. Das gilt für die Sozialstaatsanalyse; sie geht über die Thematik der Untersuchung zweifellos hinaus. Die Auswahl von Gesichtspunkten ist, wie Regina Becker-Schmidt selbst betont, durch die besondere Fragestellung eines Projekts bedingt, außerdem beeinflußt durch den jeweiligen Stand soziologischer (einschließlich feministischer) Forschung. Meine Ausführungen galten einer Frage, die in dieser Deutlichkeit in der Studie nicht zutage tritt, wohl aber fundamental mit ihr verknüpft ist: Wie und mit welchen Konsequenzen schlägt sich der Rückgriff auf marxistische Erklärungsmuster in Studien zur Frauenarbeit nieder? Das Hannoveraner Projekt spannt den Bogen bis hin zur Einbeziehung psychoanalytischer Erkenntnisse, etwa in der Operationalisierung und Verwendung des Ambivalenzbegriffs, und betont, daß gesellschaftliche Strukturen, die erst bestimmte Einstellungen und Verhaltensweisen bedingen und erzeugen, analytisch nicht weniger bedeutsam seien als diese:

*„Unter arbeitspsychologischen und sozialisations-theoretischen Aspekten war es wichtig, zwischen objektiven Strukturproblemen (gesellschaftlichen Widersprüchen) und subjektiven Problemlagen (Ambivalenzen) unterscheiden zu können. Erst durch diese Differenzierung ließen sich die Beziehungen zwischen beiden Polen klären“ (R. Becker-Schmidt, u.a. *Arbeitsleben – Lebensarbeit* Bonn 1983, S. 19).*

Ich meine, daß die Bestimmung dessen, was „objektive Strukturen“ und „subjektive Problemlagen“ sind, noch viele Fragen offen läßt, so in der gesellschaftstheoretischen Konzeption von „Arbeitskraft“ und „Individuum“. Auf „Gesellschaftsstruktur“ komme ich später noch zurück. Ich glaube nicht, daß wir uns hier lediglich mißverstehen, aber es könnte sein, daß die Reichweite unserer jeweiligen Argumente nicht ganz deutlich wurde. Sie läßt sich klären.

Frauenforschung, die sich im Spektrum von Klassen- und Geschlechteranalyse bewegt, kann gar nicht anders, als auf soziologische Deutun-